

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Zwei Offiziere in Buer ermordet.

### Französische Repressalien. — Erregung in Paris.

In Buer sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zwei französische Offiziere getötet worden. Ueber die Urheber des Angriffs fehlen sichere Angaben. WB. gibt zwei Lesarten wieder, nach der einen soll die Tat von zwei Belgiern begangen worden sein, die mit den Offizieren in Streit geraten waren, nach der anderen soll der Mord durch einen französischen Offiziersburschen verübt worden sein. Nach einem TL-Telegramm sollen sich zwei deutsche Zivilisten den französischen Behörden gestellt und ausgefragt haben, sie hätten gesehen, wie die beiden Offiziere von zwei französischen Soldaten erschossen wurden.

Die französische Regierung dagegen nimmt an, daß Deutsche die Täter seien und kündigt strenge Strafmaßnahmen an, die bereits im Gange sind. Die Pariser Presse spricht teils von einem Racheakt entlassener deutscher Schutzpolizisten, teils von einer groß angelegten nationalistischen Verschwörung, die weitere Attentate vorbereite und deren Sitz Berlin sei. Die blödsinnigen Phantasien gewisser nationalistischer Blätter über eine demnächst zu veranstaltende sizilianische Vesper dienen dieser letzten Behauptung als Stütze. — Nach TL. soll auch ein französischer Wadeposten in Westerholt bei Buer tot aufgefunden worden sein.

Nach diesen einander stark widersprechenden Meldungen steht nur soviel fest, daß zwei Menschen getötet worden sind, und daß man über die Täter und ihre Beweggründe nichts weiß. Unter normalen Rechtsverhältnissen pflegen in einem solchen Fall die Behörden Untersuchungen anzustellen, nach deren Abschluß die ordentlichen Gerichte gegen die vermeintlich Schuldigen in Tätigkeit treten und auf Grund ihres Spruches werden die als schuldig Erkannten bestraft.

Dieses allein vernünftige und gerechte Verfahren ist durch den gewaltsamen Einbruch in das Ruhrrevier unmöglich gemacht. Jede Rechtssicherheit hat aufgehört, französische Militärbehörden üben angemahnte Rechte aus und finden dabei selbstverständlich bei den deutschen Zivilbehörden Widerstand, ein Zusammenarbeiten gibt es nicht. Das militärische System folgt nur seiner eigenen Logik, wenn es jetzt zu seinem Schutz zu Repressalien greift und Unschuldige unter der unangenehmen Last Unbekanntes auf schwerste Leiden läßt. Steigende Erbitterung der von den Repressalien betroffenen Bevölkerung ist die unvermeidliche Folge.

Die Möglichkeit, daß es sich wirklich um einen Racheakt von deutscher Seite handelt, kann nicht von der Hand gewiesen werden. In diesem Fall würden die Täter nichts anderes erreicht haben als den Tod zweier Menschen, die an dem Verbrechen der französischen Regierung keine Schuld tragen, und eine Verschlechterung des Loses ihrer eigenen Landsleute. Das deutsche Volk würde niemals Männer als Helden preisen, die sich selber in Sicherheit bringen und Unschuldige unter den Folgen ihrer Tat auf schwerste Leiden lassen. Seinen Interessen wird nur dadurch gedient, daß die gerade Linie des gewaltlosen Widerstandes innegehalten und durch keinerlei sinnlose Gewalttaten gestört wird.

Der französischen Regierung aber sei gesagt, daß alles Blut, das im Ruhrrevier vergossen wird, auf ihr Haupt kommt, und daß sie durch die Drangsalierung unschuldiger Menschen ihre Position nicht verbessern wird.

### Die Täter Franzosen?

Buer, 12. März, mittags. (WB.) In der Angelegenheit der Franzosen an der Ermordung zweier französischer Offiziere in Buer ist offiziell festgestellt worden, daß als Täter zwei französische Soldaten in Frage kommen, die gleich nach der Tat entflohen sind.

### Drei neue Todesopfer.

Buer, 12. März. (WB.) Zwei von außerhalb nach Buer gekommene deutsche Zivilisten und ein Kriminalbeamter, denen die Bestimmung des verschärften Belagerungsstatus nicht bekannt waren, wurden in der Nacht von Sonntag zu Montag von einem französischen Soldaten auf der Straße erschossen. Entschuldigt wird dieser unerhörte Vorgang durch die Franzosen mit der Begründung, der Soldat sei verpflichtet gewesen, den Verstoß gegen die Verkehrsordnungen durch den Gebrauch der Waffe zu ahnden.

Der von den Franzosen getötete Kriminalbeamte ist im Rathaus erschlagen worden; die beiden Zivilisten wurden erschossen, da sie sich nach 7 Uhr abends noch auf der Straße sehen ließen, nachdem der verschärfte Belagerungsstatus erklärt wurde. Die Franzosen halten das Rathaus besetzt. Es wird nicht mehr gearbeitet.

### Repressalien.

Buer, 12. März. (WB.) Die Franzosen ergreifen die schärfsten Repressalien gegen die Bevölkerung. So wurden der Oberbürgermeister, der Sparkassenvorsteher und der Vorsitzende des Vereins der Kaufleute aus dem Bett heraus verhaftet. Der Verkehr ist von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Weder die Abendzeitung noch die Morgensicht der Zeichenbelegstellen können einfahren. Post und Telegraphenamt wurden besetzt. Das Erscheinen der Zeitungen ist verboten. Sämtliche Wirtschaften, Cafés usw. sind bis auf weiteres geschlossen. Die gestern vormittag aus der Kirche kommenden Bürger wurden von Trupps bewaffneter Franzosen auseinandergejagt und mit Kolbenstößen und Keitpeitschen über zugerichtete Bänke gekleidete Kirchenbesucher wurden festgenommen und gezwungen, Plakate anzukleben,

die die französischen Repressalien ankündigten. Die Plakate wurden im Laufe des Nachmittags von der erregten Bevölkerung fast sämtlich wieder abgerissen. Daraus verhaselten die Franzosen eine Reihe von Bürgern, nahmen ihnen die Bässe weg und befahlen ihnen, die ganze Nacht bei den neu angeklebten Plakaten Wache zu stehen. Für den Fall, daß die Plakate trotzdem abgerissen würden, sollten die Zivilisten erschossen werden. Als aber um 7 Uhr abends die Verkehrsperre einsetzte und starke Trupps Franzosen die Straßen durchzogen, wurden auch die an den Plakaten aufgestellten Bürger mit Kolbenstößen weggejagt. Gestern nachmittag wurde die Zeche Westerholt von den Franzosen besetzt. Von einem durch die Straße rasenden französischen Auto wurde ein vierjähriges Kind überfahren und getötet.

Paris, 12. März. (EP.) Eine Meldung aus Düsseldorf besagt: Infolge der gestrigen Ermordung eines französischen Leutnants und eines Eisenbahnbeamten in Buer sind heute der Bürgermeister von Buer und zwei hervorragende Persönlichkeiten der Stadt als Geiseln verhaftet worden. Alle Cafés und Kinos sind geschlossen. Der Verkehr in den Straßen ist von 7 Uhr abends ab verboten. Der Stadt ist eine Buße von 100 Millionen Mark auferlegt worden. Diese Maßnahmen werden aber nur als provisorisch erachtet und sie sollten verschärft werden, wenn es nicht gelingen sollte, die Urheber des Mordes zu verhaften. Die Sicherheitspolizei von Neudammhausen ist mit der Untersuchung beauftragt worden.

### Kahereden Poincarés und Maginots.

Paris, 12. März. (WB.) Auf einem Bankett ehemaliger Jäger hielt Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er auch auf den Zwischenfall von Buer zu sprechen kam. Er sagte: Sie können sicher sein, daß dieses verdammenswürdige Attentat bestraft werden wird und daß die Opfer gerächt werden. Morgen werde ich mich mit General Degoutte nach Brüssel begeben und mich vergewissern, daß alle notwendigen Maßnahmen zur Unterdrückung getroffen sind.

Paris, 12. März. (Eca.) Die Blätter veröffentlichen einen längeren Bericht über einen Pressenachrichtendienst bei General Degoutte, bei dem der französische Kriegsminister Maginot über seine Eindrücke gesprochen hat. Der Minister sagte u. a.: Ueberall, wo er gewesen sei, in Effen, Dortmund, habe er keinerlei Erregung gespürt, und das an einem Sonntag, wo alle Welt auf den Straßen war. Ich habe, so sagte Maginot, keine Bewegung gesehen, die man feindselig hätte aufnehmen können, und man wachte doch, wie ich war. Ich verlor mich nicht etwa, ich bin nicht infolge des Ruhgebietes gekommen, sondern offen. Die ruhige Haltung der Bevölkerung verdammt mir dem Verschwinden der Schupo, einer Draufgänger der Provokation und Unruhestiftung. Alle Leute im Ruhrgebiet würden sich, wenn man sie sich selbst überließ, an unsere Truppen gewöhnen. Ohne die von Berlin eingehenden Befehle würde im Ruhrgebiet vollkommene Ruhe herrschen. Maginot zieht hieraus die Schlußfolgerung, daß der Feind Frankreichs nicht an der Ruhr, sondern in Berlin liege.

### Nationalsozialistischer Landfriedensbruch.

München, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Montag ist wieder einmal ein nationalsozialistischer Putschtermin. Bis in die Mittagsstunden zeigt München keinerlei Veränderungen. Dagegen ist es am Sonnabend abend in Ingolstadt, wohin die Nationalsozialisten 700 Sturmtruppler per Bahn und Lastautos geschickt hatten, zu einem Zusammenstoß vor dem Gewerkschaftshaus gekommen. Einige Fensterscheiben des Gewerkschaftshauses wurden zertrümmert, Schüsse wurden geschossen, wobei zwei sozialdemokratische Arbeiter verwundet wurden. Schließlich griff die Polizei ein und stellte die Ordnung wieder her, ohne jedoch auch nur den Versuch zu machen, die Rädelführer des nationalsozialistischen Landfriedensbruchs festzunehmen. Erst am Sonntag früh kehrten diese Stoßtrupps von Ingolstadt nach München zurück; sie marschierten wie gewöhnlich, dem Bannmeiengeläch hoch bleidend, in geschlossenem Zuge durch die Stadt zum Marienplatz, wo sie von einem Schutzmänn angehalten wurden. Als die Aufforderung zur Auflösung des Zuges nicht gefolgt wurde, nahm der Schutzmänn den Führer des Zuges fest und wurde deshalb von den anderen Zugteilnehmern umringt und bedroht; andere Polizeibeamte unterstützten den bedrohten Schutzmänn. Erst als einer der Schutzleute den Revolver zog, zerstreuten sich die Nationalsozialisten.

Auch nach Wolfratshausen, Landshtut und einigen anderen Ortschaften führen einige nationalsozialistische Hundertschaften. Die Eisenbahnverwaltung ließ Extrawagen anhängen, um der Ueberfüllung der Züge vorzubeugen. Diese Fahrten haben den Nationalsozialisten wieder Millionen gekostet.

Die Sozialdemokratische Partei ist zwar nicht in der Lage, ihre Leute spazieren fahren zu lassen, kann sich aber dennoch auf die Zuverlässigkeit ihrer Sicherheitsabteilung, die ständig das Haus unseres Parteiorgans, der „Münchener Post“, bewacht, unbedingt verlassen, da die Sicherheitsabteilung nur aus Genossen besteht, die in jahrelanger Partei- und Gewerkschaftsarbeit bewährt sind und im Gegensatz zu den Nationalsozialisten den Dienst für die Partei völlig unentgeltlich leisten. Zahlreiche Genossen gehen nach durchwachter Nacht direkt an ihre Arbeitsstätten. Die moralische Unterlegenheit der Nationalsozialisten macht ihre Sache aussichtslos.

## Die Brüsseler Konferenz.

In Brüssel beginnt heute eine Konferenz, der man allmählich und besonders in Paris größere Bedeutung beimessen scheint. Der Name „Brüsseler Konferenz“ weckt Erinnerungen an Beschlüsse und Absichten, die zwar nicht sehr weit zurückliegen, die aber gegenwärtig wie Anachronismen anmuten. Im Herbst vorigen Jahres war auf irgendeiner der unzähligen Zusammenkünfte der alliierten Ministerpräsidenten die Einberufung einer internationalen Finanz- und Wirtschaftskonferenz nach Brüssel grundsätzlich vereinbart worden. Dort sollte nicht allein das wirtschaftliche Stückwerk von Genoa fortgesetzt und vervollständigt werden, sondern es sollten auch die Reparationsfrage in Verbindung mit dem internationalen Schuldenproblem im freien Meinungs-austausch gelöst werden.

Das alles gehört nun seit dem 11. Januar, dem Tag des Einmarsches, der Vergangenheit an. Jetzt kommen nach zwei Monaten fruchtloser Gewaltpolitik an der Ruhr und am Rhein die leitenden Männer der beiden Mächte, die den Rechtsbruch auf sich genommen haben, in Brüssel zusammen. Wenn diese Brüsseler Konferenz den Zweck verfolgte, in freimütiger Aussprache die bisherige Bilanz dieser zwei Monate zu ziehen, dann könnte man ihren Zusammentritt als den Beginn einer Einkehr nur begrüßen. Aber allem Anschein dient diese französisch-belgische Aussprache anderen Zwecken. Aus den Mitteilungen gutunterrichteter Pariser Blätter scheint vielmehr hervorzugehen, daß dort die „Kriegsziele“ der „friedlichen Aktion“ beraten werden sollen.

Es wäre nämlich ein Irrtum anzunehmen, daß die Pariser und die Brüsseler Regierung von der ersten Stunde des Einmarsches an über die Methoden und die Ziele ihrer gemeinschaftlichen Aktion vollkommen einig gewesen seien. Ueberhaupt hat sich Belgien dem französischen Vorgehen nur aus gewohnheitsmäßiger Solidarität mit Frankreich angeschlossen und weil diese militärische Kraftentfaltung mit allem Drum und Dran die einzig mögliche Abwendung einer drohenden internen Wachtprobe zwischen Flamen und Wallonen darstellte. Ein unmittelbares Interesse an dieser Aktion besaß Belgien nicht, da seine Prioritätsrechte allseits anerkannt und durch das Schanzenweiserabkommen zwischen der Reichsbank und der Bank von England auch deutscherseits gesichert waren. Eigentlich konnte das mit der Ausdehnung der Besetzung verknüpfte Anschwellen der militärischen Ausgaben dieses spezifisch belgische Interesse nur gefährden. Dazu kommt noch die Tatsache, daß das Ruhrunternehmen auf eine doppelte Opposition zu rechnen hatte, die naturgemäß immer stärker anwachsen, je länger es dauern würde: die sozialistische Opposition, die in Belgien weit mehr ins Gewicht fällt als in Frankreich, und in gewissem Grade auch die islamische Opposition, die diese Vertiefung des belgischen Schicksals an das französische mit um so größerer Beforgnis betrachtet, als die Konkurrenzfähigkeit Antwerpens gegenüber Rotterdam durch die Ruhrereignisse nicht gerade gefördert wird.

Aus allen diesen Gründen hatte sich die belgische Regierung auf eine kurzfristige Operation eingestellt. Sie war es, die bei den ersten Anzeichen des deutschen Widerstandes darauf drängte, daß man durch gesteigerte Brutalität die Bevölkerung des Ruhrgebietes und die Reichsregierung schneller zur Kapitulation zwingen. Die französische Regierung hatte dagegen lange die Hoffnung, durch eine relativ rücksichtsvollere Behandlung der Arbeiterschaft letztere für ihre Pläne gewinnen zu können.

Wohl scheint es inzwischen der belgischen Regierung gelungen zu sein, die französische von der Notwendigkeit zu überzeugen, alle Rücksichten fallen zu lassen, allein der beachtliche Erfolg dieser Schärfe ist gänzlich ausgeblieben und das Unternehmen nimmt jetzt zeitliche Dimensionen an, auf die man vielleicht in Paris, sicher aber nicht in Brüssel gerechnet hatte. In Paris tröstet man sich über den wirtschaftlichen Mißerfolg des Abenteurers mit der Versicherung hinweg, daß man wenigstens dem politischen Ziel der künftigen „militärischen Sicherheit“ um so rücksichtsloser wird zustreben können. Aber in Brüssel steht man diesen annexionspolitischen Nebengedanken ebenso skeptisch wie besorgt gegenüber. Wohl sind auch dort rührige Kreise am Werke, die auf Dorten und Smeets spekulieren und dabei einen Brocken in der Lachen-Trefelder Gegend auch für Belgien zu erhalten hoffen. In Regierungssphären hält man sich dagegen aus guten Gründen diesem imperialistischen Treiben fern.

Die technischen Fragen werden im Vergleich zu den hochpolitischen bei den Brüsseler Beratungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Das ergibt sich schon aus dem Umstand, daß Poincaré sich persönlich dorthin bemüht. Es läßt sich nun noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, welche These er dort vertreten wird. Einen ausgesprochen annexionspolitischen bzw. separatistischen Standpunkt haben die französischen Staatsmänner, im Gegensatz zu einem Teil der ihnen ergebenen Pariser Presse, bisher nicht offiziell eingenommen. Die von uns kürzlich wiedergegebene offiziöse Äußerung des „Temps“ („Nur Reparationen und Ruhe“) könnte sogar, falls sie ohne Hintergedanken ausgesprochen wurde, als eine glatte Abgabe an die Pariser Imperialisten angesehen werden. Andererseits hat Poincaré selbst vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten den programmatischen Satz geprägt, daß Frankreich seine „Pfähler nicht gegen bloße Besprechungen aufgeben“ werde.



Unter Zurückstellung aller Vorurteile, die leider nur allzu  
berechtigt sind, könnte man bestenfalls meinen, daß diese Formel  
nichts verderben hat. Aus der Redeweise Poincarés übertragen,  
läßt sie aber alle Möglichkeiten zu einer längeren, ja zu einer  
dauernden militärischen Besetzung des Ruhrgebietes offen.  
Wir kennen ja die These, wonach die Besatzungsrisiken im all-  
besetzten linksrheinischen Gebiet noch nicht zu laufen begonnen  
hätten, und wir haben an dem einen Beispiel mit Düsseldorf,  
Duisburg und Ruhrort genug. Die deutsche Sozialdemokratie  
will nicht nur versprechen, sondern auch erfüllen. Aber so sehr  
sie dafür eintritt, daß jede Verhandlungsmöglichkeit ausgenützt,  
daß ein konkretes Verhandlungsprogramm vorbereitet und daß  
jedes Verhandlungsergebnis erfüllt wird, so wenig wird sie  
der Reichsregierung zumuten wollen, die Waffe der passiven  
Resistenz gegen bloße Räumungsverprechungen  
aufzugeben.

Überhaupt, wo wären die Garantien dieser Poincarés-  
schen Versprechungen? England hat sich völlig ausschalten  
lassen und wird auf das Ergebnis der Brüsseler Beratungen  
keinerlei Einfluß ausüben können. Selbst Italien, das die  
französische Propaganda eifrig als an der Ruhraktion mit-  
beteiligt hinzustellen pflegt, soll nur gegebenenfalls und für  
gewisse Fragen zu dem neuen aus Poincaré und Theunis be-  
stehenden Obersten Rat zugezogen werden: vorläufig soll der  
Brüsseler Gesandte Mussolini vor der verschlossenen Tür,  
hinter der die „Großen Zwei“ Weltgeschichte würfeln, anti-  
chambrieren. Und selbst wenn Poincaré die Einsicht hätte, daß  
nur ein wirkliches und ehrliches Friedensprogramm zur  
Besetzung des gegenwärtigen Konfliktes führen kann, wer  
bürgt dafür, daß er seine Einsicht und seine Absichten in Paris  
auch durchsetzen würde? Ebenso wie Poincaré zu dem Ruhr-  
abenteuer erst durch Millerand gedrängt, ja gezwungen  
wurde, ebenso wird er auch in Brüssel kein freier Mann sein.  
Ihm ist ein Vertrauensmann des Engländer, der Kriegsminister  
Maginot, als Begleiter oder vielmehr als Hebermacher  
beigegeben worden, eine sehr mächtig begabte, aber um so  
größerenwahnwitzigere Kreatur Millerands.

Maginot wird also im Auftrage Millerands und aller  
Generäle, die sich gern langfristige Posten mit Feld- und  
Kriegszulagen an der Ruhr und am Rhein sichern möchten,  
darüber wachen, daß Poincaré bei der Aufstellung der neuen  
Kriegsziele sich von der realpolitischen Einstellung und der  
Ruhrmüdigkeit der belgischen Regierung nicht beeinflussen läßt.  
So sehr wir im Interesse des deutschen ebenso wie des fran-  
zösischen Volkes und überhaupt aller europäischen Völker eine  
Wendung zum Guten aus dieser Brüsseler Konferenz erwarten  
möchten, so gering sind diese Erwartungen. Das einzige, was  
wir noch zu erhoffen wagen, ist, daß sich die für das wahn-  
witzige Abenteuer verantwortlichen Regierungen nicht auf  
solche Ziele festlegen werden, die der deutschen und der  
internationalen Sozialdemokratie das Eintreten für eine ver-  
nünftige Lösung auf absehbare Zeit unmöglich machen würden.

### Belgiens und Italiens Ruhrmüdigkeit.

London, 12. März. (WZB.) Der Sonderberichterstatter des  
„Daily Chronicle“ meldet aus Köln, daß die öffentliche Meinung in  
Belgien jetzt dem Ruhrunternehmen immer feindseliger gegenüber-  
steht. Die Hauptaufgabe der heutigen Brüsseler Konferenz zwischen  
der französischen und belgischen Regierung werde darin bestehen,  
den Versuch zu machen, diese feindselige Haltung zu mildern.  
Wahrscheinlich übe Italien einen unangenehmen Druck aus,  
da es anfangs die Wirkung des Ruhrunternehmens zu spüren.

In einem Leitartikel über die heutige Brüsseler Konferenz weist  
„Daily Chronicle“ darauf hin, daß es in der Nacht der italienischen  
und belgischen Regierung liegen würde, eine Fortsetzung der Politik  
Poincarés sehr zu erschweren. Das Blatt gibt jedoch zu, es  
bestehe keine unmittelbare Aussicht, weder in Rom  
noch in Brüssel, daß eine Aktion in diesem Sinne unternommen  
werde. Belgien scheine gegenwärtig drastischere Maßnahmen  
zu fordern, um Deutschlands Uebergabe zu beschleunigen.  
„Daily Chronicle“ fügt jedoch hinzu, daß derartige Maßnahmen  
nur wenig Aussicht auf Erfolg hätten und die Lage für alle  
Beteiligten nur schlimmer gestalten würden.

### Das Wartezimmer.

Von Emil Rath-Schönholz.

Zum zwanzigsten Male irren meine Augen über eine geschmack-  
lose Brandmalerei über der Tür: „Gesund zu sein ist schön auf  
Erden — noch schöner ist's, gesund zu werden!“ Nur endlich etwas  
anderes denken!

Aber aus dem Sprechzimmer dringt dumpfe Luft, ein Gemisch  
von Karbol, Jodoform, Lyolol, und legt sich mit betäubendem Druck  
auf Schläfe und Stirn, und der Blick sieht wie durch einen Schleier  
auf alle die Gestalten, die grau und schwelgsam gleich Schatten der  
Unterwelt auf den Stühlen hocken: Männer, Frauen, zwei Kinder.  
Eilig soll ich es im Zimmer. Lippen nehmen blaue Farbe an,  
Hände röten und krampfen sich vor Kälte, Füße wippen ungeduldig  
auf und ab.

Alles schrie zusammen unter dem scharfen Reißhieb eines  
schillen Klingelzeichens: Er ist da! Und wie auf Verabredung blüht  
alles nach einem Greis, dessen magere Hände plötzlich zu Ästern  
beginnen. Schau schau er um sich. Er war zuerst hier — wird  
ihm jemand das Recht streitig machen? O nein. Hier ist Krankheit  
gleichbedeutend mit Sanftmut und Duldsamkeit. Das ganze Zimmer  
triest vor Mitleid. Der Greis schneuzt sich unständlich, räuspert  
sich und erhebt sich. Ach, es ist kaum noch ein Erbeben. Ein wack-  
liger Kopf zwischen getrümmten Schultern, ein Gerippe in Lumpen,  
das am Stod dahinschiebt und hinter der jaghaft geöffneten Tür  
des Sprechzimmers wie in einem Abgrund verschwindet.

Wieder schillt die Klingel. Der Alte tritt heraus und macht  
einem jungen Manne Platz. Bei jedem Schritte klingt metallisch  
irgendwelche Feder an dessen künstlichen Fuß, und mit keinem Gesicht  
verschwindet Bitterkeit und Menschenhaß hinter der Tür.

Ich darf noch lange warten. Ach, dieses Wort! Es ist so  
heiß und so schön zugleich: Noch ein Welches Zeit... noch hoffen  
dürfen: Es ist ja nichts. Es geht bald vorüber. Dieses keine  
husten, die in ja keine Tropfen Blut im Spindel... vielleicht nur  
eine kleine Entzündung... vielleicht aber... o nein, nur das nicht  
denken! Wieder springt der Blick wie Hilfe suchend zu dem höf-  
lichen Spruch dort oben. Andere Augen leben auch daran. Junge  
braune Augen mit erfordernem Glanz. Und meine Ohren hören  
leises Gespräch mit der rumblickenden Nachbarin: „Ich selbst? Nein...  
mein Mann ist wieder krank. Drei Jahre ging es mit ihm seit  
dem letztenmal... Aber jetzt? Er magert ab, und ich muß es  
mit ansehen, kann ihm nichts Rechtes geben. Und der Arzt judt  
die Achseln: Luftveränderung. Gute Kost. Viel Obst, Wein, Milch,  
Eier... Lieber Gott! Ich weiß, was ihm fehlt. Wenn ich das  
alles könnte... dann wäre er vielleicht längst gesund.“ Sie sinkt  
wieder zurück in das peinliche, anstößige Schweigen.

Und ein kleiner Knabe rückt unruhig auf seinem Stuhl hin und  
her. Seine Rutter streichelt ihn beruhigend. Er ist bloß. In  
langem, schmalen Gesicht brennen zwei schwarze Augensterne,  
rennen die Hände auf und nieder. Und die Frau streichelt ihn  
nieder und wieder... Ja, vor zwei Monaten haben sie auch die  
Mutter begraben. Sie selbst hat ihn nur zu sich genommen. Ach,

### Das Verhandlungsprogramm.

Am heutigen Montag beginnen in Brüssel Verhandlungen  
zwischen den beiden Teilhabern der Ruhraktion. Worüber  
verhandelt wird, beschreibt ein Bericht der Londoner „Daily  
Mail“, die manchmal als inoffizielles Sprachrohr des Quai  
d'Orsay Verwendung findet, in folgender Weise:

In absehbarer Zeit würden Verhandlungen mit Deutschland zu  
beginnen haben, da in den Kreisen der Ruhrindustrie die Meinung  
besteht, die deutsche Regierung zur Abhaltung einer Konferenz mit  
den Besatzungsmächten zu veranlassen. England würde nicht von  
den Verhandlungen ausgeschlossen werden, aber Frankreich und Bel-  
gien würden nicht zugeben, daß die Vorteile, die sich aus dem  
Ruhrunternehmen ergeben haben sollen und die wenigstens gegen  
England errungen wurden, durch englische Vorschläge verkleinert  
werden. Der Zeitpunkt für die Räumung des Ruhrgebietes und  
des Rheinlandes werde von der Bereitwilligkeit Deutschlands,  
die ihm auferlegten Bedingungen zu erfüllen, abhängig gemacht  
werden und nicht automatisch nach den Bestimmungen in Kraft  
treten, die vor dem 11. Januar galten. In allen materiellen Fragen  
der Zahlungen Deutschlands, der Finanzkontrolle, der Zolleinnahmen  
usw., werde die Ansicht Englands in weitem Ausmaße berücksichtigt  
werden. Auch an einem Kohlen- und Stahlabkommen  
zwischen dem Ruhrgebiet und Lothringen werde England teilnehmen  
können. Allererste Bedingung jedoch für Deutschland, um ein  
friedliches Abkommen mit Frankreich und Belgien abzuschließen zu  
können, wird sein, daß es die französisch-belgische

Ruhrbesetzung als einen geschickten Schritt  
in Uebereinstimmung mit den Artikeln 17 und 18 des 2. Anhangs  
des 8. Teiles des Versailler Vertrages anerkennt, da Deutschland in-  
folge seiner Verfehlungen nicht verlangen könne, daß die  
Frist von 15 Jahren für die Besetzung des Rheinlandes schon zu  
laufen begonnen habe und schließlich, daß Deutschland die Maß-  
nahmen, die als effektive Sicherung für die Artikel 42, 43 und 44  
ergriffen werden sollten, nicht als feindselige Schritte be-  
trachten darf. Falls diese Bedingungen erfüllt werden, seien Frank-  
reich und Belgien dazu bereit, über das sofortige Inkrafttreten eines  
Moratoriums zu verhandeln und einer Freisetzung der deutschen  
Zahlungspflichtigkeit im Rahmen seiner Zahlungsfähigkeit zuzu-  
stimmen. Frankreich und Belgien verlangen nur die Summe, die  
sie für tatsächliche Wiedergutmachungen brauchen, und Groß-  
britannien wäre deshalb in der Lage, die Beträge zu fordern, die  
es Amerika schulde. Im ganzen glaubt man, daß Deutschland eine  
Zahlung von jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark für 30 bis 35 Jahre auferlegt bekommen würde.

Nach einer New Yorker Meldung der „Daily Mail“ soll  
Staatssekretär Hughes seine südamerikanische Reise zum all-  
amerikanischen Kongress aufgegeben haben, um in Washington  
zu bleiben, weil er den Wunsch hat, nicht den Ereignissen fern  
zu sein, falls eine Lösung der europäischen Krisis ermöglicht  
würde. In Washington erkläre man, die Anregung der Verei-  
nigten Staaten, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch  
eine Sachverständigenkommission prüfen zu lassen, bleibe aufrecht. Amerika glaube weiter, daß Deutsch-  
land zahlen müsse, was es zahlen könne.

### Deutsche Stellungnahme.

Die von der Pariser „Daily Mail“ gebrachten  
Verhandlungsbedingungen werden der Teil-Union von maß-  
gebender deutscher Stelle als unmöglich be-  
zeichnet. Schon die Zumutung, daß Deutschland die Ruhr-  
besetzung als im Rahmen des Versailler Vertrages liegend  
anerkennen solle, beweise nur, daß Frankreich nach wie vor ge-  
willt sei, Deutschland rechtlos zu machen, die bisherige San-  
ktions- und Expressepolitik fortzusetzen und eine fruchtbare Er-  
örterung auf der Basis der Gleichberechtigung zu verhindern.  
Der Ruhereinstfall ist und bleibt ein Rechtsbruch ohne jede  
juristische Grundlage. Daß die Frist der Rheinlandbesetzung  
bereits läuft, ist wiederholt und zweifelsfrei festgestellt worden.  
Die in der Form eines Diktats angegebenen Milliardenforde-  
rungen zeigen nur aufs neue, daß Frankreich an seiner Taktik  
festhält, unmögliche Forderungen aufzustellen, um dann neue  
„Verfehlungen“ Deutschlands feststellen und Deutschland  
dauernd unter dem Besatzungsjoch halten zu können.

Und auf Anfrage an einer für die deutschen Bergbau-  
interessen zuständigen Stelle wird der Teil-Union mit Nach-  
druck erklärt, daß ein Ruhr-Lothringen-Abkommen selbstver-  
ständlich nur auf der Grundlage gegenseitiger freier Ver-  
einbarung zustande kommen könne, nicht aber in der Form  
irgendwelchen Diktats.

### Severing über die Ruhrkrise.

Elberfeld, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) In einer über-  
füllten Versammlung in Barmen sprach Genosse Severing. Er  
führte u. a. aus: Der gegenwärtige Ruhrkampf sei das Aus-  
toben eines übermäßig gewordenen Militarismus. Der Kampf sei uns aufgezwungen worden. Im Gegensatz  
zu 1914 zweifelt heute kein Mensch daran, daß sich Deutschland in  
der Verteidigungsstellung befindet. In seinem Vortrage  
wandte sich Genosse Severing besonders gegen die Ausführungen,  
die General Degoutte vor Vertretern der internationalen Presse  
gemacht habe. Wenn Degoutte sage, die Lage sei so, wie sie sein  
müsse, so habe er wohl nicht an den eingetretenen Kofsmangel  
in Belgien und Frankreich und an die Notwendigkeit der  
Verstärkung der französischen Truppen im Ruhr-  
gebiet gedacht. Wenn Degoutte sagt, Rebellionen könnten wir uns  
nicht gefallen lassen, so könnte man verstehen, wenn sich der fran-  
zösische Militarismus an den Beamten, die den Befehlen ihres  
Landes treu bleiben, rächt. Was hat aber diese Auffassung mit  
der Ausweisung der Gattin des hier anwesigen Regierungsprä-  
sidenten Grüner oder der lebensgefährlich erkrankten Gattin des  
Oberregierungsrats Sassen zu tun? Wenn Degoutte

die Schilderung der Vorfälle in Reddinghausen  
als unmehr feststellt, so muß ich als preussischer Innenminister  
darauf hinweisen, daß die Schilderungen von deutscher Seite über  
die Vorgänge in Reddinghausen gegeben worden sind, tatsäch-  
lich hinter der Wahrheit zurückbleiben. Degoutte  
sagte den auswärtigen Journalisten, wenn wir jetzt das belgische Ge-  
biet aufgeben wolle, so wäre das ein Triumph der deutschen Ratio-  
nalisten und würde das Ende der Republik bedeuten. Genosse  
Severing betonte, daß die Dinge nicht so liegen, denn was die  
Rationalisten gestärkt habe, das sei die französische  
Politik. Wenn Degoutte die deutsche Republik stärken wolle, so  
müßte er in Paris dahin wirken, daß in der französischen  
Kammer die Verständigungsbereitschaft in dem Maße erklärt  
werde, wie das im Deutschen Reichstage der Fall gewesen  
ist. Ueber die faschistische Gefahr in Deutschland führte Genosse  
Severing aus: Wenn man alle Waffen zusammenbringen würde, die  
sich hier und da in Deutschland noch befinden sollen, so würden sie  
nicht ausreichen, den zehnten Teil der Truppen zu bewaffnen, die  
Frankreich nach dem Ruhrgebiet geschickt hat. Der Unterschied  
zwischen der friedlichen Ingenieurkommission, die die Ruhrbeset-  
zung zur Genüge kennen gelernt habe und den deutschen Ratio-  
nalisten sei der, die ersteren haben Waffen und tun so, als hätten sie  
keine, die letzteren haben keine Waffen und tun so, als hätten sie  
mehr. Die deutschen Rationalisten schlagen an ein Schwert, das  
nicht vorhanden ist.

Ueber die Verhandlungsmöglichkeit  
führte Genosse Severing aus: Deutschland habe keinen innigeren  
Wunsch, als daß beide Regierungen zusammenkämen, das  
sei aber die Tragik, daß der eine hier und der andere da rede.  
Weiter stellt der Redner fest, der Bericht über die Versammlung,  
die er in Münster abgehalten habe, sei in bezug auf seine Aus-  
führungen über die Verhandlungsmöglichkeit gerade nicht falsch,  
sonne aber zu Mißdeutungen Anlaß geben, deshalb betone er, der  
Wunderglaube, daß die Franzosen über Nacht aus dem Ruhrgebiet  
abmarschieren würden und die Forderung, der deutsche Reichsan-  
führer nicht eher verhandeln, als bis das Ruhrrevier geräumt worden  
sei, sei dumm. Wer die Bevölkerung auf diese These einstellt, begehe  
ein Verbrechen. Der erste Schritt, um zu einer Verständigung zu  
kommen, sei die Notwendigkeit, den Kampf im Ruhrgebiet  
nicht zu einer Prestigefrage zu machen. Das gelte aber  
für beide Seiten. Wer diktiert will, wird den Widerstand der  
Arbeiter finden. (Beifälliger Beifall.) Unser Kampfziel ist, solange  
zu kämpfen, bis die Vernunft auf der anderen Seite erwacht.  
(Beifälliger Beifall.)

Schießerei in Dortmund.  
Dortmund, 12. März. (WZB.) Gestern Abend entstand in  
einer Wirtschaft zwischen Zivilisten und französischen Soldaten  
eine Schießerei, in deren Verlauf die Franzosen aus Revolvern  
und Gewehren schossen. Man meldet einen Toten, einen  
Schmerverletzten und vier Verwundete. Ein Polizeikommissar wurde  
durch einen Prellschuß an der Schulter verletzt.

es ist wohl schwer, aber sie kann das Kind nicht mehr missen...  
und streichelt die blaffen Wangen.

Und wieder und wieder schillt die Klingel. Heute kommen und  
gehen. Bald bin auch ich an der Reihe. Wohntende Ruhe ist über  
mich gekommen. Ich weiß nicht warum... oder abwägend  
beschau ich alles: Dort ein vergilbtes Diplom, dort ein Hirsch-  
geweih, hier Röntgenbilder wie ein schwarzes Band die Wände  
herum, dort ein Plakat: „Eternel! Schützt eure Kinder gegen den  
schlimmsten Feind, die Tuberkulose!“ Nur in sonnigen, sauberen  
Wohnungen... Oh, ihr habt gut reden, ihr schwarzen Buch-  
staben! Nur in sonnigen Wohnungen? Uns fehlt die Sonne längst.  
Nicht nur in den Wohnungen — wie spielen ist sie schon im Herzen  
erloschen! Wir sitzen alle im Wartezimmer und harren auf das  
Wort, das töten, beleben oder hoffen lassen kann...

Die Klingel schillt. Ich bin an der Reihe. Schreite automatisch  
hinein, schaue auf — und starre in zwei Augen — zwei Augen.  
Ja, das ist wohl ein Arzt... nein, das ist kein Arzt, das muß  
ein Scharfrichter sein. Und plötzlich muß ich an alle die anderen  
im Wartezimmer denken — es lohnt sich kaum der Mühe zu warten.  
Und ich höre eine eintönige Stimme, ich antworte... und schleiche  
wieder hinaus, umfasse noch einmal mit mitleidigem Blick alle die  
jungen und alten Gesichter. Worten — worauf?

Eine Schule des neuen Tanzstils. Zwei Erscheinungen sind es,  
auf die ich beim Besuch der Berliner Tanzabende sohnend: der neue  
Stil und der neue Künstler. Der neue Stil ist im Werden, ungewis-  
selt, wenn er auch eine feste Ausprägung noch nicht gewonnen  
hat und wenn auch die Mehrzahl der Tänzerinnen noch im be-  
quemen Schwärmer der Tradition plätschert. Die einen wirken mit  
den Künsten des Ballets, dessen Formen sie mehr oder weniger  
modernisieren, die anderen produzieren rhythmische Pantomimik. In  
dem Tanzabend, den Jife Marée mit ihren Schülern in im  
Schwechensaal veranstaltete, wüßte man wenigstens eines  
neuen Geistes hauch. Die Meisterin selber gibt in ihren Tänzen  
nichts mehr und nichts weniger als in Körperbewegungen umschulte  
Rust. Nicht nur der Rhythmus, sondern auch die Dauer, Stärke, Höhe  
des Tons und die Klangfarbe prägen sich in entsprechende Attitüden,  
Arbeitsbewegungen und Pas um. Die Idee selber kommt nicht von der  
Marée, aber dieser Vollkommenheit der Durchbildung und exakten  
Saubereit der Ausführung begegnet man selten. Hier läßt sich  
schon, welchen Wirkungen ein Tanzstil fähig ist, der, gleich fern von  
den spielerischen Ornamentik des alten Ballets wie von den natura-  
listischen Effekten der rhythmischen Pantomime, nur den Ausdruck  
des rein Gefühlsmäßigen sucht. Diese Wirkungen stehen  
sich im Tanz der Marée, wie gesagt, nur ahnen. Um sie mit  
ganzer Deutlichkeit zu zeigen und sie uns mit der ganzen Wucht und  
Tiefe und in allen Feinheiten ihrer Entwicklungsmöglichkeiten vor  
Augen und zu Herzen zu führen, dazu wäre es nötig, daß sich eine  
Künstlerin dieses Stils bemächtigte, die nicht nur eine vorreffliche  
Tänzerin ist, wie die Marée, sondern eine souveräne Persönlich-  
keit mit individueller Empfindungsgewalt und eigenwärtigen Ausdrucks-  
mitteln. Vielleicht wächst aus der Schar der Schülerninnen eine solche  
Persönlichkeit heran. Das Küßzeug bekommen sie mit auf den Weg.  
Sie können bei der Marée alles lernen, was als Vorbedingung für

eine freie höhere Entfaltung vonnöden ist, und sie werden von  
keinerlei Ballast der alten Tanzweiserfahre befreit. Auf den  
technischen Grundlagen, die hier gelegt werden, könnte sich eine wirk-  
lich moderne Tanzkunst aufbauen.

„Der Untergang des Abendlandes.“ Spengler wählte ihn zum  
Titel seines berühmten gewordenen Wertes und Vortrags, Wissen-  
schaffter und Theologen beschäftigten sich mit ihm. Auch  
Bellachini, der ihn mit Lichtbildern demonstrieren wollte. Nach  
Auspruch des Redners sehen wir im Beginn der Zwischensätze,  
wofür der Bühnen-Saal das Publikum wurde gezwungen, Garde-  
robe abzugeben, was 250 M. kostete) der deutlichste und zugleich  
unangenehmste Beweis war. Der Vortragende benutzte die Lehre  
von den geschichtlichen Kreisläufen, um an Spenglers Methode der  
Vorausbestimmung Kritik zu üben. Europa war einst Meeressboden  
und wird dereinst wieder Meeressboden sein. Farbige Lichtbilder  
zeigten, wie der Steinhaufenmal ebenmal grünte und blühte und  
wie die Geologie die Naturgesetze aus Hunderttausenden von Er-  
schränkungen kennt. Alle herrschenden Theorien, die vor dem  
Menschen die Erde bewohnten, waren wandelbar, anpassungsfähig,  
nutzten jeden Lebensraum aus, wurden intelligent und haben  
plötzlich aus. Dieser kurze Einblick in Welt- und Naturgesetze war  
vielen interessant, weil man bislang in den meisten deutschen  
Schulen doch nur Fürstenerherrlichkeiten und Geschichtszahlen  
gelernt hat und Welt- und Menschwerdung nicht erwähnt werden  
dürften. In der Einschränkung der Geburtsziffer sieht der Redner  
den sicheren und langsamen Selbstmord der Menschheit. Den wirt-  
schaftlichen Druck, der zur Menschendekonomie zwingt, sieht er un-  
deutlich. Dann stellte er — für ihn ist offenbar das ganze Abendland  
mit Deutschland gleichbedeutend — die Behauptung auf, daß die  
germanische Rasse die höchste sei. Und während Schöpfer und  
Schächerin und sehr viele Schöpfung auf der Weltwand erschienen,  
forderte er die germanische Rasse auf, sich reinzuhalten. Womit  
ja wohl das Abendland gerettet ist.

Eine deutsche hygienische Expedition nach Brasilien. Der deutsche  
Arzt F. Runk hat auf Einladung des brasilianischen Professors  
Chagas eine Expedition nach Brasilien unternommen, über die in  
der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird. Die  
hygienischen Verhältnisse in Brasilien haben sich in den letzten Jahren  
so sehr gebessert, daß das Gelbfieber fast nicht mehr vorkommt.  
Nach der Sanierung der Küsten wurde auch die Bekämpfung der  
Krankheit im Innern mit Erfolg in Angriff genommen. Eigen-  
artig ist eine neue Krankheit, die sogenannte „Chagas-  
Krankheit“, die bisher nur in Brasilien beobachtet wurde, jedoch  
auch für Deutschland Interesse hat, weil sie mit einem auch bei uns  
vorkommenden, noch nicht erklärten Kropf zusammenhängt. Die  
Chagas-Krankheit herrscht in einem sehr trockenen Hochland, dessen  
Bevölkerung zum großen Teil aus Negern und Mischlingen mit  
Indianern besteht. Chagas entdeckte in einer Wanze Tripanosomen,  
durch deren Stich die Krankheit übertragen wird. Die Erscheinungen  
bestehen in Kropf, Hautausschlägen, Herzstörungen usw. Bösige  
Arbeit über den Verlauf dieser neuen Krankheit ist noch nicht  
gewonnen.



# Der Kampf um die Steuern.

Bei den Beratungen über das Geldwertengesetz hat Dr. Helfferich sich beschwert, daß die Sozialdemokratie so viele Anträge gestellt habe. Das ist ihr gutes Recht, ja ihre Pflicht, besonders da im Ausschuss alle sozialdemokratischen Anträge vom Steuerblock des Bürgertums abgelehnt worden sind. Zum Verständnis der Verhandlungen über das Geldwertengesetz sei deshalb der Inhalt der sozialdemokratischen Anträge kurz dargestellt.

Zum Artikel I, der den Tarif betrifft, hat die Sozialdemokratie drei Anträge gestellt. Davon wollen drei die Regierungsvorlage bezüglich der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer wieder herstellen, während der dritte den neu eingefügten gemilderten Tarif für die Zwangsanleihe zu streichen beantragte.

Zum Artikel II über die Bewertungsvorschriften sind acht Anträge gestellt. Die Anträge zur Bewertung für die Einkommensteuer wollen die Berechnung der Gegenstände des Betriebsvermögens nach dem Marktpreis am Ende des Kalenderjahres mit einem Abzug von 25 Proz. Als Gegenstand des Betriebsvermögens sollen ausländische Zahlungsmittel nicht gelten. Sie sollen zum Kurswert am Bilanztag eingerechnet werden. Ein weiterer Antrag will Abnutzungen nur in Höhe von einem Zehntel des vom Steuerzuschuss vorgeschlagenen Satzes zugelassen. Ferner soll die Steuerfreiheit für Aufwendungen beim Wohnungsbau nur gestattet werden, sofern deren Verwendung für Kleinwohnungsbauten sichergestellt ist. Zur Zwangsanleihe und Vermögenssteuer ist beantragt, daß Wertpapiere, landwirtschaftlicher Besitz, gewerbliches Betriebsvermögen zehnmal so hoch bewertet werden wie bisher (Ausschussbeschluss vierfach). Ferner ist beantragt, daß das Einkommen der Zwangsanleihe so hoch sein soll wie die Verbrauchssteuern aus dem Steuervertrag. Die Begünstigung der Wägen und des Bauhandwerks soll gestrichen werden. Bei der Erbschaftsteuer ist der Antrag gestellt, daß die Wertpapiere genau so eingestuft werden sollen wie bei der Zwangsanleihe, und daß bei landwirtschaftlichem Grundbesitz die Berechnung des Wertes auf Grund der Erträge der beiden letzten Friedensjahre (1) gestrichen wird.

Zum Artikel III über die Zahlung der Steuern ist beantragt, daß bei verspäteter Zahlung Zuschläge in Höhe des Goldzollaufgeldes erhoben werden sollen. Das soll nicht nur gelten für Besitz- und Verbrauchssteuern, sondern auch für die Einkünfte aus dem Lohnabzug und für Steuerstundungen. Für 1922 soll entsprechend dem Goldzollaufgeld die Steuerleistung aus der Einkommensteuer erhöht werden. Aber nur für die Schwerebesten, nicht für die Lohn- und Gehaltsempfänger, nicht für die Vorauszahlungen und nicht für die Rentner und die freien Berufe. Bei Ablehnung dieses Antrages soll eine Erhöhung der Verzugszinsen auf 20 bzw. 30 Proz. pro Monat erfolgen. Es sollen ferner die Vorauszahlungen entsprechend der Geldwertwertung erhöht werden.

Zu dem letzten Artikel ist die Streichung der Aufhebung des Depotzwanges und der Besichtigung der Kundenverzeichnisse der Banken beantragt und ferner die Offenlegung der Steuerlisten.

Die Kommunisten haben nicht einen einzigen Antrag gestellt.

# Stresemann über die Erfüllungsbereitschaft.

Frankfurt a. M., 12. März. (W.F.) In einer von vielen Tausenden besuchten öffentlichen Versammlung sprach gestern Abend der Abg. Dr. Stresemann über die allgemeine politische Lage. Er führte aus, man möge uns sagen, was Deutschland endgültig an Reparationen aufzubringen habe, dann würden sich für den Staat ganz andere Möglichkeiten, Steuern aufzubringen, ergeben als bisher. Auch die in der deutschen Wirtschaft liegenden Entlastungsmöglichkeiten könnten erst dann voll ausgenutzt werden. Ueber die Stellung des Kabinetts Cuno erklärte Dr. Stresemann, das Kabinett stehe heute fester als je da. Die letzte Reichstags-Sitzung habe gezeigt, daß der politische Abwehrwille bei allen Parteien noch der gleiche ist, und daß inzwischen auch die innere Festigkeit der Regierung gewachsen ist.

# Freiheit für die deutsche Republik!

Hamburg, 12. März. (W.F.) Nach einem von der demokratischen Partei veranstalteten parlamentarischen Lesabend führte Reichsminister des Innern, Dezer, u. a. aus, was jetzt im Ruhrgebiet vor sich gehe, sei ein Volkskrieg, den wir um so sicherer gewinnen werden, je mehr wir bemüht sind, zu verhindern, daß auf deutscher Seite auch nur ein Gewehr losgeht. Der Kampf dürfe sich von keinem moralischen Untergrund nicht ernähren. Den Franzosen sei es noch nicht gelungen, Besitz von den deutschen Eisenbahnen zu ergreifen, denn darauf, ob es ihnen vielleicht möglich sei, einige Jüge in Gang zu bringen, kommt es nicht an. Die so gefährlichste Kohlennot sei bisher noch nicht eingetroffen, auch nicht im umdeuteten Deutschland. Die Stabilisierung der Mark sei im Interesse des Abwehrkampfes des deutschen Volkes unerlässlich gewesen. Der Minister betonte die Haltung, die England und Amerika gegenüber dem Vorgehen der Franzosen und Belgier bislang eingenommen haben. Die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen des Kampfes zeigten sich in Deutschland weniger, sie zeigten sich aber in verstärkter Weise in Frankreich. Die Frage sei nun, wer in diesem Wettspiel länger aushält, Deutschland oder Frankreich. Die Franzosen hätten eingeschrieben, daß dieses Unternehmen weit schwieriger sei, als sie es früher angenommen hätten. Für uns gelte es, in diesem Abwehrkampf auszuharren. Der Minister schloß: Voltaire verlangt eine Neuregelung des Friedensvertrages. Wir wünschen diese Neuregelung; man soll jedoch dieses Problem in keiner Totalität auflösen und sagen: wir sind bereit zu einer Verständigung, wenn ihr bereit seid, aber nicht allein wegen der Ruhrfrage, sondern dann eine völlige Vereinigung des Friedensvertrages, Freiheit um Deutschlands Leben, Freiheit für die deutsche Republik.

# Devisenkurse.

	12. März		10. März	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	—	—	824,83	826,62
1 argentinische Papier-Peso	7710.—	7740,83	7735,61	7774,39
1 belgischer Frank	1082,98	1087,72	1077,80	1082,70
1 norwegische Krone	8765,88	8774,43	8765,88	8774,42
1 dänische Krone	8937,88	8977,42	8930,10	8969,90
1 schwedische Krone	5581,18	5588,87	5581,18	5588,87
1 finnische Mark	—	—	579,54	582,40
1 japanischer Yen	—	—	997,5	1002,5
1 italienische Lire	—	1002,50	987,52	992,48
1 Pfund Sterling	9775,5	9824,5	9775,5	9824,5
1 Dollar	20762,96	20867,04	20797,87	20902,13
1 französischer Frank	1261,83	1268,17	1246,87	1258,13
1 brasilianischer Milreis	2294,25	2305,75	2294,25	2305,75
1 Schweizer Frank	8890,27	8899,73	8890,27	8899,73
1 spanische Peseta	8221,92	8238,08	8221,92	8238,08
100 österr. Kronen (abgeh.)	—	—	29,92	29,98
1 schwedische Krone	—	—	618,45	621,55
1 ungarische Krone	6,81	6,83	6,83	6,87
1 bulgarische Dena	—	—	120,44	121,06
1 jugoslawischer Dinar	—	—	220,44	221,56

# Um Groß-Berlin.

## Ein Gutachten des Oberbürgermeisters.

In dieser Woche wird ein Ausschuss des Preussischen Landtages sich mit den Abänderungsanträgen befassen, die die Reichspar-telen zu dem „Gesetz vom 27. April 1920 über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“ gestellt haben. Als diese Anträge seinerzeit im Landtag eingebracht wurden, war aus Form und Inhalt der Anträge ihr politisch-demagogischer Zweck klar zu ersehen. Es kam darauf an, mit allen Mitteln die Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin rückwärts zu revidieren und vor allen Dingen die Stellung der Arbeiterschaft in diesem großen Gemeinwesen zu erschweren.

Inzwischen ist allerhand Zeit vergangen. Heute gewinnt man den Eindruck, als ob auch große Teile der bürgerlichen Parteien, zum Teil dieselben Leute, die hinter den ersten Abänderungsanträgen gestanden haben, sich mit der Tatsache der Einheitsgemeinde Groß-Berlin abgefunden haben. Wirtschaftliche und finanzielle Notwendigkeiten haben eine zu deutliche Sprache geredet. Eine Aufhebung des durch die Zusammenlegung der über vierzig Groß-Berliner Gemeinden zu einem einheitlichen Gemeinwesen erstellten wirtschaftlichen, finanziellen und verwaltungstechnischen Fortschrittes ist heute für jedermann, auch für die extremen Kreise der bürgerlichen Parteien zur Unmöglichkeit geworden. Bei dieser Sachlage erhebt sich die Frage, was bei der Beratung von Abänderungsanträgen zum Gesetz heute noch übrig bleiben kann. Oberbürgermeister Böß vertritt in einer eingehenden, jetzt gedruckt vorliegenden Denkschrift an den Preussischen Landtag die Auffassung, daß die Zeit für eine Abänderung des Gesetzes noch nicht gekommen sei und daß von Rechts wegen die Umänderung der Verwaltungsbeziehungen innerhalb des Groß-Berliner Gebietes Sache der Gemeindeförperschaften selber sei. Die ganzen Angriffe gegen das Gesetz Groß-Berlin beschränken sich ja in letzter Zeit immer mehr auf die Forderung einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung, so daß Magistrat und Stadtorordnetenversammlung von einer Menge Arbeitsstoff auf dem Gebiete reiner Verwaltungsarbeit entlastet würden, während die Bezirke mehr als bisher im Rahmen des einheitlichen Gesetzes (einer einheitlichen Finanzverwaltung usw.) die Verwaltungsangelegenheiten ihres Gebietes selbst zu erledigen hätten. Eine solche Regelung ist in der Tat, wie wir in Übereinstimmung mit dem Oberbürgermeister glauben, ohne Gesetzesänderung durchaus möglich. Der Stadtorordnetenversammlung legt eine Magistratsvorlage auf Bildung

einer gemischten Deputation vor, in der die Sachverständigen aller Deputationen auf Grund der gemachten Erfahrungen erneuert werden sollen. Bei dieser Beratung wird zweifellos der Grundgedanke der

## Dezentralisierung der Verwaltungsarbeit.

der stärkeren Heranziehung der Bezirke zu selbständiger und verantwortlicher Erledigung ihrer Angelegenheit unter zentraler Kontrolle des Magistrats sich durchsetzen. Der heutige Zustand, bei dem zum Teil doppelte Verwaltungsarbeit geleistet wird (ein und dieselbe Materie wird in den Bezirken und dem zentralen Magistrat bearbeitet), ist auf die Dauer unhaltbar. Zudem entspricht die Erledigung der reinen Verwaltungsarbeit in den örtlichen Bezirken bedeutend mehr der demokratischen Auffassung von wirklicher Selbstverwaltung, auch wird sie auf die Dauer einfacher und billiger sein. Oberbürgermeister Böß, der in letzter Zeit sich der Notwendigkeit einer solchen Umänderung nicht mehr ganz zu verschließen scheint, betont mit Recht, daß, wenn überhaupt am Gesetz geändert werden soll, unter keinen Umständen am Gebiet und an der einheitlichen Steuer- und Finanzverwaltung gerührt werden darf. Ob es möglich ist, die Zahl der Bezirke einzuschränken, das wird sich wohl besser erst später untersuchen lassen. Auf keinen Fall darf die Einschränkung sich allein auf die Innenbezirke beziehen. Die positiven Abänderungsvorschläge des Oberbürgermeisters zum Text des Gesetzes sind verhältnismäßig unbedeutender Natur, sie beziehen sich auf die Festlegung größerer Rechte für die Deputationen, genauere Formulierung des Rechts der Beamtenernennung für die Bezirksämter wie der Bestimmungen über die Gemeindeförderstellen.

Die Beratungen über die Verwaltungsänderungen in Groß-Berlin werden das kommunale Leben in der nächsten Zeit beherrschen, sowie die Umbildung der Werke und der städtischen Straßenbahn abgeschlossen ist. Für die Arbeiterschaft, die die Hauptträgerin dieses Kleinemeinwesens ist, wird außerordentlich viel davon abhängen, daß diese Frage nicht unter dem Gesichtswinkel kleinlicher und kurzweiliger Interessen der bürgerlichen Parteien behandelt wird, sondern daß eine Form für die Regelung der Verwaltungsarbeiten in Groß-Berlin gefunden wird, die wirklich den Interessen der Bevölkerung dient, ohne daß die ungeheuren Vorteile, die die Einheitsgemeinde wirtschaftlich und finanziell gebracht hat, irgendwie erschüttert werden.

# Der Prozeß der Giftmischerinnen.

## Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III nahm heute früh bei gewaltigem Andrang unter Vorhug von Landgerichtsdirektor Jospfer die Verhandlung gegen die Lichterfelder Giftmischerinnen ihren Anfang. Unter der Anklage des Mordes und des Mordversuches hoben sich die Witwe Ella Klein, die Arbeiterfrau Margarete Robe und die Mutter der letzteren, Frau Riemer, die der Beihilfe und Begünstigung der Tat beschuldigt wird, zu verantworten.

Die beiden Hauptangeklagten hatten, wie wir bereits berichtet haben, aus Haß gegen ihre Ehemänner, die ihnen bei den anormalen Beziehungen zwischen den drei Frauen unbequem geworden waren, den entsetzlichen Entschluß gefaßt, sich ihrer zu entledigen. Sie brachten ihnen nach und nach größere Mengen Kattengift und Arsenik im Essen bei, mit dem Erfolg, daß der Ehemann Klein, der im blühenden Alter von 30 Jahren stand, am 1. April 1920 an den Folgen der Arsenikvergiftung starb. Die angeklagten Frauen erklärten auf der Anklagebank unter strömenden Tränen. Als sich Mutter und Tochter wiedersehen, erlitten beide einen schweren Nervenzusammenbruch. Die Hauptangeklagte Ella Klein, eine ehemalige Friseurin, ist eine sehr hübsche junge Frau, die trotz ihrer 32 Jahre wie eine Zwanzigjährige aussieht. Sie macht einen mädchenhaft harmlosen Eindruck. Die zweite Angeklagte, Margarete Robe (nicht Robbe), sieht, trotzdem sie bedeutend jünger ist, älter aus als ihre Freundin. Ihre Mutter, Marie Riemer, ist eine Frau von 50 Jahren mit fast ergrautem Haar. Der Zeugenaufruf ergibt, daß zahlreiche Angehörige der Angeklagten zur Stelle sind. Die Angeklagte Robbe gibt an, daß ihr Vater lange Jahre Geschäftsführer bei Kempinski war; er habe sie in Göttertrauen und Vaterlandsliebe erzogen. Seit Jahren ist sie mit einem Kopfleiden befallen. Sie habe gehofft, ihr Glück in der Ehe zu finden, aber es sei ihr die bitterste Enttäuschung geworden. Nach dem Anklagebeschluss wird Ella Klein des vollendeten Mordes und der Anstiftung zum versuchten Mord beschuldigt, Margarete Robbe des versuchten Mordes und der Beihilfe zum Mord. Frau Riemer wird nur beschuldigt der Unterlassung der rechtzeitigen Anzeige des ihr zur Kenntnis gekommenen Verbrechens des Mordes.

Es beginnt dann die Vernehmung der Angeklagten Ella Klein. Vors.: „Geben Sie zu, Ihrem Manne Arsenik gegeben zu haben?“ Angekl. unter heftigem Schreien: „Ja.“ Die Angeklagte berichtet dann, daß ihr Mann sie oft mit Schimpfwörtern beleidigt und geschlagen habe, so daß es ihr immer schwerer wurde mit ihm auszukommen. Der Mann war häufig betrunken, habe sie geschlagen und ihr dann die widerlichsten Zumutungen gemacht. Deshalb habe sie auch im Januar eine Ehecheidung beantragt. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts wird darauf die Öffentlichkeit für die weitere Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Es wird jedoch den Vertretern der Presse die Anwesenheit gestattet.

## Unausgesehete Zunahme der Gaskvergiftungen.

Die Gasvergiftungen in Berlin haben einen solchen Umfang angenommen, daß sie zu einer öffentlichen Gefahr für das Eigentum und Leben der Mitbürger werden. Explosionen und Brände können tiefste Schäden anrichten, für die natürlich in erster Linie die Verantwortlichen sind, welche die Gashähne vorzüglich oder fahrlässig öffnen. Am Sonntag wurden der Feuerwehr und Polizei nicht weniger als ein Duzend Fälle gemeldet. In der Lüchowstraße 101 hatte sich eine Familie von 4 Personen vergiftet.

# Ein Sonntag der Frauen.

Der gestrige Frauentag der Sozialdemokratischen Partei, auf dem gegen die Ruhrbesetzung demonstriert und für den Verständigungswillen und den Frieden eingetreten wurde, fand trotz der ungunstigen Witterung den regsten Zuspruch. Bei allen Veranstaltungen wirkten die Gesangsvereine mit. Mitglieder der Arbeiterjugend trugen Gedichte vor, und die Kindergruppen erfreuten durch sinnige Darbietungen. Dadurch wurde den Parteigenossen manche Freude bereitet und die Gäste sahen, daß in unserer Partei auch auf außerparteilichem Gebiet Beachtenswertes geleistet wird.

Die Genossin Clara Bohm-Schuch, die in der Abteilung Berlin-Friedrichshagen sprach, führte in ihrem Referat u. a. folgendes aus: Unsere Veranstaltungen, die zuerst als reine Werbeveranstaltungen geplant waren, haben durch den Druck der Verhältnisse ein anderes Gesicht bekommen. Sie müssen jetzt ein Bekannnis zum Frieden und zur Völkerveröhnung werden. Neues deutsches Gebiet ist von unserem ehemaligen Kriegsgegner besetzt worden. Seit 1914 wird unser Leben vom Krieg und der Kriegsvorbereitung beherrscht. Sorgen zerreißen die Frau. Wenn sie morgens aufsteht, muß sie rechnen, wie sie mit dem Gelde auskommt und so geht es seit Tagen, Monaten und Jahren. Das zermürbende Kleingeld hat die Frauen stumpf gemacht. Die Frauen aber mühten sich zusammenzutreffen zu einem

einigen geschlossenen Willen zur Tat, die darin besteht, jedem Kriegswillen entgegenzutreten. Doch, so weit sind wir noch nicht in Deutschland, so weit sind wir noch nicht in der ganzen Welt. Unser Frauenleid, unser Jüngerleid müssen wir hinausdrängen in die Welt. Wir dürfen nicht vergessen, was wir gelitten haben. Das Leid der Mütter war international, die Friedensliebe der Frauen muß international werden. Wir protestieren gegen Frankreichs Einbruch in das Ruhrgebiet, wir protestieren aber auch gegen Imperialismus und Militarismus, sowie gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Wir müssen neue Wege gehen. Wenn nicht ein Volk anfängt, wird dieser neue Weg nie gegangen werden. In Deutschland erlebten wir den Abbau des Militarismus und mit ihm die Ausschaltung der imperialistischen Ideen. Wir müssen jetzt an den Abbau des Kapitalismus gehen. Einstweilen ist er noch stärker als die Arbeiterklasse, die sich ihm entgegenstellt. Wir müssen schaffen an unserer Idee, sie ist die größte und heiligste Idee, die je durch die Bande gegangen ist. Wir müssen siegen wollen mit unserer Idee. Wer das mit uns will, der muß auch öffentlich in unsere Partei eintreten, weil unsere Feinde unsere zahlenmäßigen Reihen mustern. Namentlich muß unsere Jugend für die Friedensidee werben, nicht nur, weil Deutschland zu schwach ist und sich nicht wehren kann, sondern aus dem Friedenswillen heraus.

Nach dem Verlauf aller Veranstaltungen kann man die Hoffnung hegen, daß sie in starker Verbekraft dem Sozialismus neue Anhänger zuführen.

Der Gipfel der Freiheit. Gegen 2 1/2 Uhr nachts wurde der 36 Jahre alte Arbeiter Ernst Herrmann und die 25 Jahre alte Arbeiterin Margarete Balkmann von einem Polizeibeamten dabei betroffen, als sie aus dem Keller der Bezirkswache der Tempelhofer Schuppolizei Kisten stehlen wollten. Beide ergriffen die Flucht, blieben aber, als der Beamte einen Schreidusch abgab, stehen und wurden der Kriminalpolizei übergeben.

## Eröffnung der Breslauer Frühjahrsmesse.

Die Breslauer Frühjahrsmesse ist gestern eröffnet worden. Die Zahl der besuchenden Firmen ist gegenüber den früheren Messen noch bedeutend gestiegen. Nicht alle Antragsteller konnten die beantragten Stände bekommen. Mit den Preisen ist man in den meisten Branchen bescheidener geworden, um der unverkennbaren Kaufkraft entgegenzukommen, die sich in Breslau reger zu zeigen scheint als in Leipzig und Königsberg. Die außerordentlich zahlreichen Besucher waren am ersten Tage noch abwartend, aber auch zahlreiche Käufer fanden sich schon ein, namentlich aus Ost- und Volnisch-Oberschlesien und dem benachbarten Eschschien. Es wurden bereits heute recht gute Aufträge erzielt.

Drei Kinder durch Kohlengas vergiftet. In Cassel wurden gestern früh die drei Söhne eines verstorbenen Arztes im Alter von sieben, elf und fünfzehn Jahren infolge Vergiftung durch Kohlen-gas im gemeinsamen Schlafzimmer tot aufgefunden. Die Gase waren einem Kokssofen entströmt, der sich in einem unter dem Schlafzimmer befindlichen Geschloßraum, der neu hergestellt wurde, befand.

Der Emden-Kapitän Müller, der Führer der „Emden“ im Weltkrieg, ist am Sonntagabend im Alter von 50 Jahren in Braunschweig gestorben.

Zusammenstoß zwischen Dampfer und Motorfahrzeug. Im Nord-Ostsee Kanal stieß, wie aus Hamburg gemeldet wird, der Dampfer „Olga“ mit dem Motorfahrzeug „Abels Kröger“ zusammen, wobei das Motorfahrzeug sank. Der Eigentümer Kröger und der Kanaltöffe Rühmann ertranken.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Größtenteils trübe und etwas neblig, mit geringen Niederschlägen und ziemlich heißen östlichen Winden. Temperatur wenig verändert.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis, Wilmersdorf. Dienstag, den 12. März, 8 Uhr, bei Hermann Hohenzollernstr. 2. Ortsratssitzung der kommunalen Kommission (siehe die Stadt- und Bezirksverordneten und städtischen Funktionäre. Bei. Genosse Bartsch) Thema: Die jetzige Wohnungspolitik und deren Folgen.
2. Kreis, Prenzlauer Berg, am 12. März, Sitzung der kommunalen Kommission im Rathaus. Städtische Gasse und Bezirksverordnete, sowie Bürgervereine müssen erscheinen. — Die Berichtsführer werden ersucht, die Mittelungsblätter zum Genossen Riese abzugeben.
3. Kreis, Prenzlauer Berg, am 12. März, 7 1/2 Uhr bei Janitsch. Bezirksrat. Sitzung des Kreisvorstandes.

## Heute, Montag, den 12. März:

14. Uhr bei Kröger, Sülzstr. 34 Sitzung städtischer Funktionäre.
17. Uhr, Reinickendorf-Bez. Pflanzlich 7 1/2 Uhr Funktionärenversammlung im Volkshaus Schornwerderstr. 144/146.

## Morgen, Dienstag, den 13. März:

21. Uhr, 7 1/2 Uhr Funktionärenversammlung Volkshaus Oberbergstr. (Borsmann)



# Gewerkschaftsbewegung

## Cunos Erklärungen zur Lohnfrage.

### Ungenaue amtliche Berichterstattung.

Über die Besprechung des Reichstanzlers mit den Spitzenvereinigungen ist eine amtliche Pressenotiz verbreitet worden, die nicht dem im Anschlag an die Verhandlungen ausdrücklich festgestellten Wortlaut entspricht. Es heißt dort an der entscheidenden Stelle:

„Demgegenüber stellte der Reichstanzler fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist“...

Die Gewerkschaftsvertreter hatten es abgelehnt, das jetzige Lohnniveau als die Basis für die künftige Lohnregelung anzuerkennen, und es sollte in dem Bericht an dieser Stelle nicht Lohnniveau, sondern Preisniveau stehen. Ob es sich nur um ein Versehen handelt?

### Tariffkonflikt im Bauhandwerk.

Während am 8. März in den Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bauleitungen unter den Tarifkontrahenten auf Arbeitnehmerseite ein Uebereinkommen über die Verlängerung des Reichsmantelvertrages erzielt worden ist, ist eine Vereinbarung über die vorläufigen Märzbezüge gescheitert. Allgemeiner Verband der Deutschen Bauangestellten und Deutscher Baubeamtenverein haben es abgelehnt, für den Monat März ohne eine Erhöhung der Bezüge gegen Februar abzuschließen. Nunmehr hat der Reichsverband der Bauleitungen an seine Mitgliedsbanken die Weisung ausgegeben, die den Angestellten für Februar noch zustehende Nachvergütung von 36 Proz. auf Januar an die Mitglieder dieser beiden Angestelltenverbände nicht auszuzahlen, sondern nur an solche Angestellte, die einen Revers unterschreiben, daß sie nicht Mitglieder des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bauangestellten und des Deutschen Baubeamtenvereins sind. Dieser rechts- und tarifwidrige Schritt der Banken hat die größte Entrüstung in der Angestelltenchaft hervorgerufen. Die Unterzeichnung der Revers wird abgelehnt.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bauangestellten hat den Reichsverband der Bauleitungen schriftlich aufgefordert, seinen tariflichen Pflichten auf sofortige Auszahlung der fälligen 36 Proz. Februarnachzahlung ungeschämt nachzukommen. Ferner hat der Allgemeine Verband beim Reichstanzler für das deutsche Bauhandwerk Klage auf Feststellung des Tarifbruches seitens des Reichsverbandes der Bauleitungen erhoben. Auch in zahlreichen Betriebsversammlungen wird die Bauangestelltenchaft am Dienstag im Lehrereisenhaus öffentlich zu der geschaffenen Situation Stellung nehmen und entsprechende Beschlüsse fassen.

### Verlängerung der Demobilisierungsvorschriften.

Dem Reichsrat ist ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, der auch dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung unterbreitet wurde, zu dem Zweck, die am 31. März ablaufenden Demobilisierungsvorschriften, bis zum 31. Oktober zu verlängern. Natürlich mit Ausnahme solcher Vorschriften, die im letzten Halbjahre in Geleite umgewandelt wurden.

### Den Metallindustriellen ins Stammbuch.

Von der Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes bekommen wir folgende Zuschrift:

In der Sonnabendmorgenausgabe des „Vorwärts“ ist eine Auslassung des Verbandes Berliner Metallindustrieller veröffentlicht, die durch die B.S.-Korrespondenz verbreitet wurde. In dieser Erklärung wird an das wirtschaftliche Verständnis der Arbeiter der Betriebe des B.M.V. appelliert, um zu erreichen, daß die Arbeiterschaft auf Grund dieser Einsicht auf die Lohnerhöhung verzichtet.

Die Notwendigkeit dieser Verzichtsleistung wird damit begründet, daß die von der „Regierung“ begonnene Preislenkung sowie die beabsichtigte Stützung der Markt illusorisch gemacht werden würden. — Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit. Von allen Wirtschaftszweigen Deutschlands, bei denen die gleichen Existenzbedingungen für die Arbeiterschaft bestehen, hatte die Berliner Metallindustrie seit jeher die niedrigsten Löhne. Ob das dadurch notwendig war, weil die Berliner Metallindustriellen ihre Ware auch zu einem billigeren Preise abgeben mußten, ist bisher noch nicht behauptet worden und wird auch wohl nicht bewiesen werden können. — Derselbe Arbeiterschaft, der jetzt vorgeworfen wird, daß sie für die wirtschaftlichen Nöte des vielgeliebten Vaterlandes absolut kein Verständnis bringe, ist es, die im Dezember 84 Proz., im Januar 88 Proz. und im Februar 94 Proz. der Gesamtleistung aufgebracht hat. Welchen Anteil die Kreise, die aus dem Niedergang der Wirtschaft und aus der Finanzkatastrophe des Reichs den größten Nutzen gezogen haben, für die Verbesserung der Finanzgrundlage des Staats zu tragen gewillt sind, ergibt sich aus der Steuerdebatte, die am Freitag den Reichstag beschäftigte. Wenn die Vertretung der annähernden Hälfte der Bevölkerung eine Erklärung abgibt, daß durch die Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags die steuerliche Entlastung des Volkes so weit geht, daß man teilweise von einer vollkommenen Steuerfreiheit sprechen kann, so bedeutet die Behauptung, daß die Arbeiterschaft kein Verständnis für die wirtschaftlichen Nöte des Landes hat, eine nicht mehr zu überbietende Höhe der Demagogie.

Dieselben Kreise, so teilweise dieselben Personen, die den Berliner Metallarbeitern raten, zur Stabilisierung der Wirtschaft auch noch ihre letzte Existenzgrundlage vernichten zu lassen, sind diejenigen, die an den Stellen, wo sie ihre wirtschaftliche Einsicht nicht nur theoretisch, sondern praktisch beweisen können, Beschlüsse fassen, die

geeignet sind, auch die letzten finanziellen Grundlagen des Staates zu erschüttern, wenn nur das dreimal geheiligte Kapital dabei nicht belastet wird.

Wer also anderen gute Ratschläge erteilen will, soll erst einmal bei sich prüfen, ob er alle Voraussetzungen erfüllt hat, die ihn berechtigten, den anderen Ratschläge zu erteilen.

### Die Konditorerinnung.

Der reaktionäre Vorstand dieser Innung versucht mit allen Mitteln den Abschluß eines Tarifs für das Konditoreigewerbe zu verhindern. Wohl ist es der Organisation gelungen, mit einer größeren Anzahl Konditorien einen Tarif abzuschließen, und auch den Versuch der Organisation, mit Hilfe des Schlichtungsausschusses die Innung zu verpflichten, sich diesem Tarif anzuschließen, hat der Schlichtungsausschuss als berechtigt anerkannt. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach der bisherige Tarif noch bis zum 31. Dezember 1923 Geltung hat. Der Vorstand der Konditorerinnung lehnte es schließlich, ohne Befragen seiner Mitglieder, ab, diesen Schiedspruch anzuerkennen. Besonders interessant war, daß bei den Verhandlungen die Vorstandsmitglieder der Innung, welche tags zuvor mit der Organisation für ihren Betrieb einen Tarifvertrag abgeschlossen hatten, nunmehr mit aller Macht bogen kämpften, daß dieser Tarif auch für die übrigen Konditorien Geltung erhalten sollte. So steht die „Tariffrage“ der Konditorerinnung aus und man braucht sich nicht zu wundern, wenn einzelne Mitglieder des Innungsverbandes auf telephonische Anfragen von Konditorbesitzern diese veranlassen, auch die letzten Lohnabkommen nicht zu zahlen. Deshalb erhält heute noch ein größerer Teil des Konditoreipersonals Löhne, die für Januar Geltung hatten oder noch geringer sind. So bauen die Konditorbesitzer, welche ja „so wenig“ verdienen, aber trotzdem alle reich geworden sind, die Löhne ab, so helfen sie das Wirtschaftslieben wieder aufbauen. Abzuwarten bleibt, wie der Innungsvorstand in der Innungsverammlung am 13. März sein Verhalten begründen wird. Der Verband der Bäcker und Konditoren aber wird mit allen Mitteln dem Tarifvertrag allgemeine Geltung verschaffen.

### Kommunistisch.

Die „Rote Tribüne“ brachte jüngst einen Aufruf zu einem Kongreß der kommunistischen Betriebsräte in Rheinland-Westfalen. Darin war folgender Satz enthalten:

„Als Referenten für den ersten Punkt sind vom Ber.-Ausschuß vorgesehen der Kollege Husemann vom Deutschen Bergarbeiterverband, Bochum, und ein Vertreter der Zentrale der R.P.D.“

Dabei hatte dieser famose Ausschuß den Genossen Husemann nicht einmal darum befragt, ob er bei dieser kommunistischen Aktion mitwirken will, noch etwa gar die Zustimmung Husemanns dazu befehlen.

Die „Rote Fahne am Montag“ schreibt heute in ihren Ballenüberschriften: „Husemann kneift.“ — Kommunistisch.

### Solidarität der holländischen Transportarbeiter.

Der „Boorwaarts“ (Rotterdam), brachte am 7. März folgenden Bericht über einen Werber von Streikbrechern, der in Rotterdam sein Unwesen treibt:

„Da das Personal der deutschen Schlepsschiffe in seinem Widerstand verharret und sich auch weiterhin weigert, für den französischen Militarismus zu fahren, versuchen die Herren nun auf einem anderen Wege zu ihrem Ziele zu gelangen. Seit drei Tagen ist in Rotterdam ein Werber tätig, um Streikbrecher anzumerben für die in Deutschland stützenden Schlepsschiffe. Zuerst war es ihm gelungen, etwa zehn Kapitäne zu gewinnen. Sie haben jedoch alle wieder abgelehnt, die schmutzige Arbeit zu verrichten, da sie durch den Vorstand des Zentralverbandes der holländischen Transportarbeiter über die Angelegenheit informiert wurden. Vor dem französischen Bureau sind jetzt Posten aufgestellt, um die Leute von dem Streikbruch abzuhalten. Bis jetzt hat der Werber, dessen Name F. Benzen ist, keinen Erfolg. Es ist Sache der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß das so bleibt.“

Auch in anderer Weise haben die holländischen Hafen- und Transportarbeiter gute Beispiele ihrer praktischen Solidarität bekundet.

Die Bergarbeiter des Mährisch-Ostrian-Karwiner Reviers der Tschechoslowakei haben in viertägigen Verhandlungen mit den Grubenbesitzern vergeblich versucht, ein Einverständnis über die Erneuerung des Kollektivvertrages zu erzielen. Sie beschloßen nunmehr, heute auf allen Gruben und Kolereien des Reviers in den Streik zu treten.

Der Generalkonflikt der Bergarbeiter des Loire-Departements, die größtenteils der kommunistischen Organisation angehören, ist rückgängig gemacht worden.

Die „Kulis“ im Hafen von Colombo, 15 000 an Zahl, streiken. Die Arbeit ruht vollständig, alle Schiffe liegen fest, Laden und Löschen von Steinkohle ist unmöglich. — Diese Reuter-Nachricht ist insofern erfreulich, als sie zeigt, daß selbst die als „Kulis“ im größten Hafen der Insel Ceylon, unter englischer Herrschaft, beschäftigten Arbeiter nicht länger mehr Kulis, sondern Arbeiter sein wollen.

# Wirtschaft

## Der Kursrückgang am Devisenmarkt.

Am Anfang der letzten Woche notierte der Dollar im Mittel 22 760, um am Mittwoch auf 20 600 und am Donnerstag sogar auf 19 400 zu fallen und bis zum Sonnabend wieder auf 20 850 zu steigen. Also auch nach der Ueberwindung des Rückschlags, der um Wochenmitte erfolgte, stellte sich der Dollar schließlich um etwa 10 Proz. billiger als am Anfang der Woche. Auffallend an dieser Bewegung ist, daß sie diesmal nicht durch die Intervention der Reichsbank herbeigeführt worden ist. Die Devisenhamsterer, die zum Teil auf Kredit fremde Zahlungsmittel gekauft hatten, inzwischen aber immer noch auf eine Steigerung der Dollarkurse rechneten, waren schließlich unter dem Druck der Kreditbeschränkungen gezwungen, Material abzugeben. Dadurch wurde die Reichsbank sogar in die Lage versetzt, von denjenigen Devisen, die sie auf den Markt geworfen hatte, einen beträchtlichen Teil zu den niedrigeren Kursen zurückzukaufen. Die Entwicklung bestätigt also, daß zweifellos infolge der Geldentwertung eine gewisse Ueberfälligkeit Deutschlands mit Devisen Platz gegriffen hat. Sie zeigt auch, daß die Stützungsaktion ein längerer Erfolg beschieden ist und daß sie von selbst die Kräfte, die zugunsten der Markt wirken, auslöst, vorausgesetzt, daß die Intervention energisch genug geschieht. Das aber hatten früher die Feinde einer Stützungsaktion für die Markt immer bestritten, und es bedurfte erst des Einmarsches der Franzosen in das Ruhrgebiet, um zu beweisen, daß das von den Sozialdemokraten längst geforderte Eingreifen am Devisenmarkt großzügig erfolgte. Ob es jetzt schon großzügig genug ist, darüber bestehen berechtigte Zweifel. Immerhin kann man damit rechnen, daß die Reichsbank auf diese Weise den Kurs noch längere Zeit hindurch zu halten imstande ist.

### Der Warenmarkt.

Der zwangsläufigen Entwicklung der Devisenkurse folgten auf denjenigen Märkten, wo sich das freie Spiel der Kräfte nach den Wünschen der Interessenten ausleben kann, heftige Erschütterungen. Besonders interessant ist die Entwicklung des Produktmarktes, wo infolge spekulativer Käufe, die zu überhöhten Preisen erfolgt waren, auch Zwangsverkäufe erfolgt sind. Zeitweilig lag der Getreidepreis unter dem amtlich festgesetzten Preis für Umlagegetreide. Im einzelnen gibt folgende Tabelle Aufschluß über die Bewegung der Getreidepreise seit dem Höchststand der Devisenkurse vom 31. Januar:

kg	31. Januar	1. März	8. März	10. März
50 Weizen, mährisch	69 000	45 000	81 000	87 000
50 Roggen	64 000	42 000	29 000	34 500
50 Gerste	61 000	38 000	23 000	30 000
50 Hafer	55 000	26 000	20 000	28 000
50 Reis ab Hamburg	78 000	41 000	27 000	37 000
100 Weizenmehl	201 500	130 000	102 500	115 000
100 Roggenmehl	167 500	122 500	100 000	108 000

Aus der Tabelle wird der ganz gewaltige Preisrückgang ersichtlich, den die wichtigsten Getreidearten mit der Besserung der Markt durchgemacht haben. Aus ihr geht auch hervor, daß die Preise sich bereits wieder in aufsteigender Richtung bewegen, nachdem die „zweite Hand“, Händler und Mählen, ihre zu teuer eingekauften Vorräte abgestoßen haben. Daß sich innerhalb des Handels selbst stark verteuernde Elemente geltend und Einfluß verschaffen, dafür ein Beweis aus dem Großhandel: In den letzten drei Tagen notierte an der Berliner Börse das Pfund Weizenmehl zwischen 475 und 600 M., je nach Tag und Qualität. Der Großhandel forderte aber vom Kleinhandel nach den vom deutschen Nahrungsmittelverband, Landesverband Berlin und Brandenburg, herausgegebenen Preisen am 9. März 720 bis 825 M. pro Pfund Weizenmehl, also mindestens 20 bis 35 Proz. über der letzten Marknotierung! Darauf kommen dann noch die Zuschläge, die der Kleinhandel nehmen muß, wenn er nicht noch mit älteren Beständen arbeitet, was allerdings oft der Fall ist. Mit Frachtspeisen lassen sich so gewaltige Verdienstsparnen innerhalb des Großhandels jedenfalls nicht rechtfertigen.

Rehliche Schwankungen wie auf dem Produktmarkt waren auf fast allen Marktgebieten zu verspüren, so auch am Metallmarkt. Es ist infolgedessen kein Wunder, daß die Großhandelspreise im großen Durchschnitte in der letzten Woche wieder einen leichten Rückgang aufweisen (so z. B. der Index der „Industrie- und Handelszeitung“ um 6,6 Proz.). Inwieweit sie der Verbraucher zu spüren bekommt, läßt sich natürlich schwer übersehen, da dieser auf Fertigfabrikate angewiesen ist, die nur sehr zögernd der Tendenz zum amtlich proklamierten Preisabbau folgen. Es kommt hinzu, daß einzelne den Verbraucher sehr belastende Ausgaben, wie Tarife für Gas, Elektrizität und Miete immer noch stehen und den Reallohn weiter mindern. Das sollten sich auch die Unternehmer bei den jetzt schwebenden Lohnverhandlungen vor Augen halten!

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8

**Romische Oper**  
Europa spricht davon  
7. März-Programm  
wie immer - erstklassig

**Sonderangebot!**  
Die bei mir bis zum 1. März gekauften  
**Strickjaeken**  
Strandhöschen, Strickkleider, Jumper, Sportjacks usw.  
reserviere ich Ihnen bei Anzahlung der Hälfte des Originalpreises  
**bis Ostern!**  
Nur beste Qualität - ware / Billigste Preise  
**Bruno Richter**, Fabrik niederrige  
mür. Wolllwaren  
Kopenhagener Str. 67, 1. Stock, Nordring  
und Bin.-Pankow, Mendelstr. 36 I.

**Alle Gebisse** auch zerbrochen  
pro Zahn 3200, 4000 bis 90 000 Mark  
Gold-, Silberbruch zum Tageskurs kauft  
**Zahn-Ankaufsstelle**  
**B. Zymelski, Weißburger Str. 32**  
**Bettwäsche-Fabrik**  
Wollen Sie Ihre Bettwäsche  
alten, handbühner, Bettbezüge  
Rissen, Vertagungen (beid-  
und einseitig), Damaste, Ornament-  
stoffe, Toiletten, Kaffeebecken, Tisch-  
decken usw. billig eintauschen, dann  
überzeugen Sie sich unbedingt  
von unseren Preisen.  
**Kühl- & Kupferberg**  
Berlin, Jussufstr. 6  
(Ede Bergstr.) 2. Etz. 88.

**Kaufen Bücher**  
auch ganze Bibliotheken  
Bevorzugt werden Werke aus der  
Sozial- und Naturwissenschaft,  
Schöngeltinge u. Kunstillustrat.  
An en um. 0 88 Hauptexped. vort  
**Strumpfwaren**  
kauft man jetzt nach sehr  
billigen und billigen im  
**Strumpfhans „Werba“**  
Hls., Kohlhauser Dam 72, Ecke Lenant.

**Verkäufe**  
Ergänzliche herrliche Perlemauer, Di-  
amanten, Brillen billige Gelegenheits-  
Käufe, Kaufsün. Kaiser-Friedrich-  
straße 3 III. 181/17  
Kleines Friedrichstraße 2 (Holländisches  
Tor) verkauft eleganteste Decorentwürfe,  
Coorcoras, Schächer, Gummiartikel,  
Sofen, Spezialität, Schokolade, Rosen-  
kuchen, Spezialitäten, Krenschäfte, Gran-  
itische Hausmöbel, Wille zu einem billi-  
gen Preise. Keine Kommerzbüro.  
**Möbel**  
Kleinfelderstr. 30. - Chaiselungara  
48 600. - Patentmaschinen, Holzschu-  
laken, Kinderarbeit, Meide, Kupfer-  
Küche 24, Quergänge

**Werkzeuge u. Maschinen**  
Rüstlergen, Gießmaschinen kauft Rüstler,  
Friedrichstraße 6-8.  
**Musikinstrumente**  
Gitarren preiswert, Klaviermusik  
Einst. Brunnenstraße 24.  
**Kaufgesuche**  
Besitz und deutsche Tenische kauft  
höchstens Reichste Neutöde Kaiser-  
Friedrich-Strasse 2, Tel. Neutöde 1122.  
Kauf alle Arten Güde, Pottweinwand,  
Küchens, Rüstler, Gießmaschinen, 7,  
Lindendamm 48.

**Admirals-Variete**  
7. März-Programm  
wie immer - erstklassig  
**Apollo-Theater**  
Täglich 7 1/2  
Die große Ausstattung  
Operette  
**Die Modekönigin**  
Paul Heidemann & Co.  
Hilms, Pankow, Köbe  
Täglich 7 1/2

**Platin-, Gold- und Silberbruch**  
Zahngelb, Uhren, Ketten, Ringe  
sowie  
sämtl. **Altmetalle** kauft zu  
Engrospreisen  
**M. ZEISKE**  
Berlin O., Schreinerstr. 32  
(Laden)  
1 Minute vom Hof Frankl, Allee  
— Fahrgeleitvergütung —  
Großes Absatzgebiet für Händler

**Wo laß ich meinen Anzug machen?**  
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?  
**Mar Motel, Schneiderstr.**  
Neutöde, Ringbahnstr. 38 Tel. 909  
Lieferung der höchsten Stanzeswaren  
Biele Anfertigungen u. Verschöneren

**Vorwärts-Austräger**  
Frauen und Männer  
werden sofort eingekauft  
Berlin, Immanuelstr. 24.  
Verkehrsbüro Play 4.  
Wassstr. 9  
Neutöde, Siegfriedstraße 28 29  
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

**Verschiedenes**  
Spezialität für Wohnungsmotoren (Räu-  
mungen, Beschlagnahme, Raumverteilung,  
Gerichtsbüro 21 (Ketteldröplung), Spezial-  
handen 6-8.